

1. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

25. Mai 1955

161/A

A n t r a g

der Abg. Dr. M a l e t a, Dr. P i t t e r m a n n, Dr. K r a u s, K o p l e n i g und Genossen.

betreffend die Erklärung der Neutralität Österreichs.

- . - . -

Angesichts der Tatsache,

dass Österreich in der Proklamation vom 27. April 1945 in feierlicher Weise die Wiederherstellung seiner Unabhängigkeit erklärt hat;

angesichts der Tatsache,

dass Österreich der Überzeugung ist, als unabhängiger, selbständiger und freier Staat seinen besonderen Beitrag für die Aufrechterhaltung des Weltfriedens und der Ordnung in Europa leisten zu können;

angesichts der Tatsache,

dass Grossbritannien, die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten von Amerika in der Moskauer Erklärung vom 30. Oktober 1943 und Frankreich mit der Erklärung vom 16. November 1943 ein freies, unabhängiges Österreich wiederhergestellt sehen wollten;

angesichts der Tatsache,

dass Frankreich, Grossbritannien, die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten von Amerika durch die Unterzeichnung des österreichischen Staatsvertrages am 15. Mai 1955 auch ihrerseits neuerlich ihre Überzeugung bekundet haben, dass die Unverletzlichkeit des österreichischen Staatsgebietes im Interesse der Politik ganz Europas gelegen ist; und

angesichts der Tatsache,

dass in der Präambel zum österreichischen Staatsvertrag Frankreich, Grossbritannien, die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten von Amerika die Bereitschaft erklären, die Bewerbung Österreichs um Zulassung zur Organisation der Vereinten Nationen zu unterstützen, und Österreich selbst in der Vergangenheit schon mehrfach seinen ernsten Willen bekundet hat, als Mitglied der Vereinten Nationen zur Durchsetzung der in der Charter der Vereinten Nationen verankerten Grundsätze beizutragen,
stellen die gefertigten Abgeordneten aus Anlass der Unterzeichnung des

2. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

25. Mai 1955

Staatsvertrages, betreffend die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreichs.

A n t r a g

Der Nationalrat wolle beschliessen:

Österreich erklärt zum Zwecke der dauernden und immerwährenden Behauptung der Unabhängigkeit nach aussen und der Unverletzlichkeit seines Gebietes sowie im Interesse der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung im Inneren aus freien Stücken seine immerwährende Neutralität und ist entschlossen, diese mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln aufrechtzuerhalten und zu verteidigen.

Österreich wird zur Sicherung dieser Zwecke in aller Zukunft keinen militärischen Bündnissen beitreten und die Errichtung militärischer Stützpunkte fremder Staaten auf seinem Gebiete nicht zulassen.

Österreich erklärt in diesem Zusammenhang, sich in seinen Beziehungen zu anderen Staaten stets an die in der Charter der Vereinten Nationen ausgesprochenen Grundsätze halten zu wollen, und bringt neuerlich seine Bereitwilligkeit und seine Fähigkeit zum Ausdruck, die in der Charter enthaltenen Verpflichtungen anzunehmen und einzuhalten.

Darüber hinaus wird die Bundesregierung aufgefordert,

dem Nationalrat den Entwurf eines die Neutralität regelnden Bundesverfassungsgesetzes vorzulegen.

alle Schritte zu unternehmen, um die endliche Aufnahme in die Organisation der Vereinten Nationen, um die Österreich bereits angesucht hat, zu erreichen.

sobald der österreichische Staatsvertrag in Kraft getreten ist und Österreich von den Besatzungstruppen geräumt sein wird, dieses Gesetz allen Staaten mit dem Ersuchen um Anerkennung der Neutralität Österreichs mitzuteilen.

In formeller Hinsicht wolle der Antrag unter Verzicht auf die erste Lesung dem Hauptausschuss zugewiesen werden.